Nr. 193. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis: Vierteljährl. 21,— Mk., monatl. 7,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 7,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 10,25 Mk., für das übrige Ausland 14,50 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 12,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Konpareillezeile kostet 2,50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 15. April 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Falschmeldung von der Verhaftung Lüttwitz.

Eine seltsame Mystifikation.

Das Wolffsche Telegraphenbureau gab heute Vormittag, kurz nach 11 Uhr, folgendes Telegramm heraus:

Durch umfangreiche Ueberwachungen der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Horst geglückt, des Generals von Lüttwitz sowie des Majors Bischof habhaft zu werden. In Stolpmünde konnte ein Propagandabureau der Baltikumtruppen ausgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter starker Bedeckung nach Stettin gebracht.

Die Freude über diese Meldung sollte jedoch nicht lange dauern. Eine Stunde darauf verbreitete dasselbe Bureau folgende Mitteilung an die Redaktionen:

Die Meldung über die Verhaftung des Generals Lüttwitz und des Majors Bischof sowie die Aushebung eines Propagandabureaus der Baltikumtruppen in Stolpmünde scheint auf einer Mystifikation zu beruhen. Wir bitten, sie vorläufig nicht zu veröffentlichen.

Inzwischen war die erste Meldung aber schon durch die „B. Z. am Mittag" verbreitet worden. Eine Aufklärung dieser sonderbaren Mystifikation wäre dringend zu wünschen.

•

Von Regierungsseite wird uns zu der Angelegenheit mitgeteilt:

Ueber die Verhaftung des General von Lüttwitz und des Major Bischof ist bis zur Stunde an zuständiger Stelle noch nichts bekannt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, muß die ausgegebene Meldung über die Verhaftung dem WTB von unbekannter Seite unter Mißbrauch des Namens eines Angestellten der Presseabteilung der Reichsregierung übermittelt worden sein.

Vor dem Generalstreik in Oberschlesien.

Wie wir mitgeteilt hatten, hatten die Angestelltenorganisationen Oberschlesiens bis Mittwoch abend in Form eines Ultimatums vom Arbeitgeberverband die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt.

Der Arbeitgeberverband hat gestern in einem Brief den Angestelltenorganisationen mitgeteilt, daß er das Ultimatum in seinen wichtigsten Punkten ablehnen muß, da die Angestellten nicht die Entscheidung des Demobilmachungskommissars abgewartet und sich somit eines Bruches der Vertragstreue schuldig gemacht haben. Der Arbeitgeberverband weist die Verantwortung für alle sich aus einem Streik ergebenden Konsequenzen auf die Angestelltenschaft zurück.

Da die Angestellten fest auf ihren Forderungen verharren, ist bestimmt mit dem Ausbruch eines Generalstreiks in Oberschlesien zu rechnen, falls nicht doch noch beide Teile im Interesse der Vermeidung einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe ihren Standpunkt revidieren.

Aufklärung der Oppelner Bluttat.

Breslau, 15. April. (WTB.) Der „Schlesischen Zeitung" zufolge ist als Urheber der Bluttat an dem Güterworsteher Placek in Oppeln der französische Alpenjäger Julius Pasenti verhaftet worden. Das französische Kriegsgericht ist am Dienstag zusammengetreten, um über den Fall zu verhandeln. Pasenti ist italienischer Staatsangehöriger, steht jedoch in französischem Militärdienst. Als Grund der Tat gibt er an, daß seine Eltern in Frankreich von Deutschen erschossen worden seien und daß er dafür Rache genommen habe.

Hoffentlich verwendet das französische Gericht auf die restlose Aufklärung des Falles dieselbe Gründlichkeit, mit der sie einem deutschen Staatsangehörigen gegenüber verfahren würde.

•

Infolge der durch Erschießung des Eisenbahngütervorstehers Placek hervorgerufenen Zusammenstöße mit französischem Militär ist heute der verschärfte Belagerungszustand über Oppeln verhängt worden.

Die Hamburger Truppenverschiebungen.

Zu den Hamburger Truppenverschiebungen meldet unser Hamburger Korrespondent:

Der Ueberwachungsausschuß der gewerkschaftlichen Eisenbahnerverbände Hamburgs hatte sich mit dem Reichswehrministerium in Verbindung gesetzt, da er gegebenenfalls entschlossen ist, die Truppentransporte, die im Interesse der Republik erfolgen, zu unterstützen. Es ist ein Abkommen getroffen worden, wonach das Reichswehrministerium fortlaufend dem Ueberwachungsausschuß von den von der Regierung befohlenen Truppenverschiebungen Mitteilung gemacht werden soll. Es ist jetzt aus dem Reichswehrministerium ein Telegramm eingetroffen, das „Major Schleicher" unterzeichnet ist, in dem aufgefordert wird, die Truppentransporte abzufertigen, da sie dazu dienten, die Truppen in ihre normalen Garnisonen zu befördern. Diese Darstellung der Sachlage muß angesichts der Tatsache, daß die normalen Garnisonen der in Frage kommenden Truppenteile in Hamburg und Harburg sind, befremden.

Unter anderem ist als Ziel der Transporte vorläufig Neustettin angegeben, ein Ort, der eher nach Konzentration von pommerschen Kapp-Truppen, als nach Grenzschutz Ost aussieht. Die Hamburger Sicherheitswehr, die aus 5000 Mann besteht, wird durch diese neuerlichen Verschiebungen geschwächt. Man hat die Bewaffnung der Depots und Militärgebäude in Hamburg und Barenfeld zu erwarten.

Bei dieser Sachlage erscheint es angebracht, zu fordern, daß der nach Abzug der Truppen vollständig überflüssige Kommandostab und der Garnisonälteste Hamburgs ebenfalls zum Grenzschutz Ost oder in die normalen Garnisonen verlegt wird und der Zivilkommissar zum Inhaber der vollziehenden Gewalt in Groß-Hamburg ernannt wird. Falls die Sicherheitswehr unter diesen Umständen eine Verstärkung erfahren muß, wird gefordert, daß eine Neueinstellung von Offizieren und Mannschaften gemäß dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes aus den Reihen der organisierten Arbeiter erfolgt.

Seltsames aus Gera.

In Gera hat nach vorliegenden Berichten eine „Konferenz der Aktionsausschüsse und der sozialdemokratischen Parteien" getagt, die einstimmig folgende Beschlüsse faßte:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande auf Verlangen der Arbeiterorganisationen. 2. Unter der Reichswehr und den Arbeitern Aufklärungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes zu leisten. 3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen. 4. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands aufzurufen, mit Hilfe der Betriebsräte den Generalstreik in ganz Deutschland zur Durchsetzung obiger Ziele zu propagieren.

Wir können uns nicht vorstellen, daß bei der einstimmigen Fassung dieser Beschlüsse Parteigenossen mitgewirkt haben, wäre das der Fall, so müßte man sich diese Genossen etwas näher ansehen. Einen Generalstreik für Hölz „in ganz Deutschland" verlangen nicht einmal die bei Verstand gebliebenen Kommunisten.

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals gesagt: Parteigenossen, die im angeblichen Interesse der Einigkeit bereit sind, über jeden ihnen vorgehaltenen Stock zu springen und jedes ihnen abverlangte Glaubensbekenntnis abzulegen, können nichts zur Einigung der Arbeiterbewegung beitragen, sondern höchstens die Konfusion in ihr noch vermehren.

Vollzugsrat und Entente.

Der „Temps" vom 12. April enthält folgende Mitteilung:

Vor einigen Stunden erhielt man in Paris eine Erklärung eines Mitglieds des Vollzugsrats, der während der Arbeiterrevolte in Düsseldorf funktionierte. Dieser Deutsche sagt: „Die Reichswehrsoldaten sind eine Söldnerbande. Wir ziehen es vor, alliierte Truppen bei uns einziehen zu sehen, statt die Banditen von der Reichswehr. Wir sind keine Bolschewisten, aber wir wollen den preußischen Militarismus unterdrücken. Die Friedensbedingungen sind in wirtschaftlicher Beziehung wahrscheinlich zu hart, aber in militärischer nicht hart genug.

Auch wir wollen den preußischen Militarismus unterdrücken, wollen das aber mit Hilfe der deutschen Arbeiterschaft tun und nicht mit der des Ententemilitarismus. Die angebliche Erklärung des Düsseldorfer Vollzugsrats ist weit entfernt von jeder Würde und von jedem wirklichen sozialistischen Empfinden. Man müßte sie, falls sie wirklich erfolgt wäre, aufs allerschärfste verurteilen.

Lettlands Forderungen.

Kopenhagen, 15. April. (WTB.) Wie „Berlingske Tidende" aus Kowno meldet, bestehen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Kriegsentschädigung von zwei Milliarden in Gold, Rückgabe des abgeführten Eisenbahnmaterials sowie der Maschinen, ferner des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird; außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz. Lettland will als Entgelt dafür seinen Anteil an der russischen Staatsschuld übernehmen.

Die Besoldungsreform.

Von Willy Steinkopf, M. d. N.

Seit einer Woche wird die Besoldungsreform für die Reichsbeamten in dem zu ihrer Beratung bestimmten Unterausschuß debattiert. Bis auf die Gehaltssätze usw. ist die erste Lesung beendet. Die zweite Lesung wird nicht viel Zeit in Anspruch nehmen, so daß das Gesetz alsbald an den Haushaltsausschuß gehen kann. Auch hier wird es nur kurze Zeit verbleiben und dann vom Plenum verabschiedet werden.

Gegenüber der Regierungsvorlage hat die Beratung im Unterausschuß ganz erhebliche Verbesserungen gezeitigt. So wurde den Beamten ein alter Wunsch erfüllt und ihnen der Rechtsanspruch auf die Dienstalterszulagen eingeräumt. Ferner wurde bestimmt, daß bei einer Beförderung von einer Klasse in eine höhere sich das Besoldungsdienstalter um nicht mehr als vier Jahre verlängern darf. Für die Kinderzulagen wurden feste Sätze vorgesehen. Die Vorbereitungszeit und das Diätariat beträgt für alle Beamten, die aus dem Zivilanwärterstand hervorgehen, auch für die weiblichen Beamten, drei und fünf, zusammen also acht Jahre. Von diesem Zeitpunkt ab erhält der Beamte, auch wenn er noch nicht in eine planmäßige Stelle einrücken kann, dieselben Bezüge, wie der planmäßige Beamte. Die Militäranwärter werden so gestellt, daß sie den Zivilanwärtern nicht nachstehen. Bestimmt wurde auch, daß die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz unverzüglich dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen sind.

Dies sind nur einige der getroffenen Verbesserungen. Es sind noch mehr vorhanden und einige weitere sollen bei der zweiten Lesung eingefügt werden. So muß der Reichstag bezüglich des Teuerungszuschlages freie Hand bekommen. Der Grundsatz im Gesetz, daß der Teuerungszuschlag nach gleichen Hundertteilen gezahlt wird, ist für die S.P.D.-Fraktion nur bis zu einer gewissen Grenze annehmbar. Da aber diese Grenze bereits erreicht ist, muß der Bestimmung eine Formulierung gegeben werden, die es dem Parlament ermöglicht, je nach der Notwendigkeit, die Zuschläge nach festen Sätzen oder abgestuft nach Hundertteilen zu gewähren.

Auch der Begriff des Gehalts und die grundsätzliche Zusage, daß jedem Beamten entsprechend seiner Fähigkeiten der Aufstieg in höhere Stellen gewährleistet wird, müssen in das Gesetz hinein. Bisher haben alle diesbezüglichen Versprechungen noch nirgend einen gesetzlichen Niederschlag, geschweige denn ihre Verwirklichung gefunden. Leider sind die diesbezüglichen von der S.P.D.-Fraktion gestellten Anträge gegen die Stimmen der S. P. D. und U. S. P. bei der ersten Lesung im Unterausschuß abgelehnt worden.

An die Nachprüfung der Einklassierung der einzelnen Beamtengruppen in die Besoldungsklassen wird der Unterausschuß nicht herangehen. Dies muß dem neuen Reichstag überlassen bleiben, der die Angelegenheit gründlich durcharbeiten wird. Es sind weit über sechshundert Petitionen, die bezüglich der Einklassierung offiziell vorliegen, abgesehen von den unzähligen Wünschen, die privat an die Abgeordneten gerichtet worden sind. Da die Nationalversammlung in der nächsten Woche auseinandergehen wird, hat sie zu einer ordnungsmäßigen Bearbeitung keine Zeit mehr. Deshalb sieht der Unterausschuß nach reiflicher Ueberlegung und mit Zustimmung der Führer großer Beamtenverbände von der Prüfung der Materie ab und verpflichtet die Regierung, dem neuen Reichstag das Besoldungsgesetz zur Revision in dieser Beziehung sogleich nach seinem Zusammentritt vorzulegen. Dagegen waren nur ein Zentrumsmitglied, die Deutschnationalen und die Volksparteiler. Natürlich wird es wunder nehmen, daß gerade die Herren der Rechten, denen die Wahlen doch nicht früh genug kommen konnten, auf einmal erklären, es komme schließlich auf ein paar Wochen nicht an, sie legten Wert auf sofortige gründliche Durchberatung! Vor Tische las mans anders! Ihr Grund ist aber zu fadenscheinig, um überzeugend wirken zu können. Sie brauchen Agitationsstoff für die Wahlen, und diese Gelegenheit ist zu billig, um sie ungenutzt vorübergehen zu lassen.

Ein Grund zur Beunruhigung liegt für die Beamten nicht vor. Einmal wird die Verpflichtung zur Nachprüfung der Einklassierung mit Rückwirkung bis zum 1. April 1920 im Gesetz selbst festgelegt, und zum andern hat der Reichsfinanzminister erklärt, in der Sache von neuem in Verhandlungen mit den Beamtenverbänden einzutreten, um so ein ersprießliches Werk zu schaffen.

Bezüglich der eigentlichen Sätze, also der Hauptsache, ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Der Vorschlag der Regierung, die Grundgehälter mit 3200 M. (ohne Zuschläge) beginnen zu lassen, ist unannehmbar, denn er bietet bei weitem nicht die Mittel, um auch nur die Kosten für das nackte Leben decken zu können. Diese, zum Leben nun aber einmal notwendige Grundsumme dadurch zu erreichen, daß man immer weiter steigende Teuerungszuschläge zum Grundgehalt hinzufügt, hieße das jetzige ungesunde System der Beamtenentlohnung verewigen. Das liegt nicht

im Interesse der Beamten und auch nicht im Wunsch der Regierung. Die Reform will das System endlich beseitigen. Deshalb wird man die Grundgehälter soweit erhöhen müssen, daß sie für die untersten Klassen zusammen mit einem angemessenen Zuschlag das Existenzminimum decken. Dies ist die eine Grenzlinie, unter die nicht hinuntergegangen werden kann und darf.

Die andere Grenzlinie, die ebenso wenig überschritten werden darf, ist die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs. Läßt man diese Grenze außer acht, begibt man sich in die Gefahr, die Finanzkraft des Reichs zu zerstören und damit das ganze Wirtschaftsleben und auch das Reich selbst zu zerschlagen. Und damit ist niemand — außer etwa der Entente — gedient, am allerwenigsten den Beamten.

Der Unterausschuß hat nun einen Antrag angenommen, das Grundgehalt für die unterste Gruppe auf 4000 M. zu erhöhen, derart, daß die neue Skala bei der Gruppe 7 in den Regierungsentwurf übergeht. Die Erhöhungen sind also für die untersten Gruppen recht erheblich, von Gruppe 5 ab nicht schwerwiegend, und die höheren Gruppen erhalten gegenüber dem Regierungsentwurf gar keine Erhöhung. Es ist klar, daß bei dem großen Beamtenheer, das Deutschland hat, dieser Beschluß weitgehende finanzielle Wirkungen hat, die wiederum die Frage der Deckung sehr akut werden läßt.

Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß er die Frage vor Lösung der Deckungsfrage nicht weiter behandeln könne. Infolgedessen sind die Verhandlungen im Unterausschuß auf dem Punkt angelangt, den man mit tödlicher Sicherheit voraussehen konnte: die Verantwortung für die weiter zu fassenden Beschlüsse gehen über den Rahmen der Befugnisse des Unterausschusses hinaus, die Fraktionen und der Hauptausschuß müssen zunächst einmal die Klärung der Finanzfrage bewirken. Dies muß und wird schnell geschehen. Dann kann die Besoldungsordnung, deren anderer Teil bis dahin fertig gestellt sein wird, in kürzester Frist zum Abschluß gebracht werden.

Nun erhebt sich die weitere Frage, woher nehmen und nicht stehlen? Das alte Regime pflegte sich in solchen Fällen auf den Standpunkt zu stellen, ohne jede Rücksicht auf das Schicksal der Beamten sein „unannehmbar" auszusprechen. Heute hat aber die Regierung die Pflicht, gewissenhaft zu prüfen, wie den Beamten das Leben trotz aller Widerwärtigkeiten erträglich werden kann. Denn Lebensnotwendigkeiten lassen sich weder wegdebattieren noch mit einem „unannehmbar" aus der Welt schaffen.

Die Grenzen, in denen die Lösung fallen muß, sind gegeben. Das riesenhafte Defizit des nächsten Rechnungsjahres wird nur zu einem Bruchteil durch die notwendige Erhöhung der Beamtenbezüge beeinflußt. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, wenn die Deckungsfrage etwa mit der Besoldungsordnung verquickt wird. Das kann unter keinen Umständen geschehen, denn die Beamten dürfen nicht dafür noch büßen, daß sie unter der entsetzlichen Teuerung bisher am meisten gelitten haben.

So groß die Schwierigkeiten auch sein mögen — die Beamten müssen leben, um arbeiten zu können, und hierzu brauchen sie ausreichende Besoldung. Und diese sollen sie haben!

Eine deutschnationale Warnung.

Gegen die Rechtsbolschewisten.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

„Sowohl in Mitteilungen, die von der Regierung ausgehen, wie auch von anderen Seiten (der Rechten? Red. d. „V.") wird die dringende Befürchtung geäußert, daß neue Putsche geplant seien. Dabei verlautet auch von der Beteiligung kommunistischer Elemente.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei verweist erneut auf den verfassungsmäßigen Standpunkt der Partei, die jede verfassungswidrige Handlung unbedingt verurteilt. Neue Umsturzversuche würden unabsehbares Unheil über Deutschland bringen.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erwartet von ihren Parteifreunden im Lande, daß sie, wo immer sie von solchen Plänen Kenntnis erhalten sollten, ihnen mit aller Entschiedenheit entgegenwirken. Wer sich an verfassungswidrigen Unternehmungen beteiligt, für den ist in der Deutschnationalen Volkspartei kein Platz."

Diese Erklärung ist offenbar der Erkenntnis entsprungen, daß die durch keinerlei Kundgebung wegzuwischende Liebäugelei der Deutschnationalen mit dem ersten Kapp-Putsch die Wahlaussichten der Partei zu mindestens 50 Proz. vernichtet hat, und daß ein zweiter, ebenso aussichtsloser Putsch sie zu 90 Proz. vernichten würde. Im übrigen vermengt auch diese Erklärung allerhand Falsches mit Wahrem. Wenn auf Beteiligung kommunistischer Elemente hingewiesen wird, so geht das Bestreben nach solcher Beteiligung linksradikaler Kreise vor allem von den Rechtsbolschewisten aus. So berichtet Professor Dr. Fritz Kern in dem konservativen „Grenzboten" auf Grund persönlicher Einblicke folgendes von der Lage der Kapp-Regierung am 15. März, die damals die Aussichtslosigkeit ihrer Lage erkannte:

„Nur die abgewirtschafteten Deßperados sahen sich noch nach allerlei phantastischen Möglichkeiten der Rettung um, für den Fall, daß die Stuttgarter Regierung eine Verhandlung ablehnte. Noch am Dienstagnachmittag erklärte Hauptmann Pabst, falls die Stuttgarter Regierung die Kappschen Bedingungen nicht restlos annehme, auf eine Diktatur Däumig-Lubendorff zuzustreben. Däumig, der Führer der unabhängigen Sozialisten in Berlin, wurde auf 4 Uhr zur Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. Er kam selbstverständlich nicht, aber es bezeichnet die Urteilsfähigkeit der unverantwortlichen Putschisten, daß sie von einer Vereinigung der Militärdiktatur und der Generalstreikpartei träumten, dazu noch in einem Augenblick, da die Wut der Arbeitermassen siedend aufwallte."

Das ist das wahre Gesicht der Leute, die nachher mit dem Schlachtruf: „Sammlung gegen den Bolschewismus!" ihre Spuren verwischen und ihre Wiederaufnahme in Gnaden erwirken wollten.

In diesem Zusammenhang ist ganz interessant, daß jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung" von dem Bestehen eines „nationalen Bolschewismus" spricht, den sie selber freilich nur sehr lässig bekämpft, indem sie die Gerüchte vom Bevorstehen eines neuen Putsches nach gewohntem Rezept als übertrieben bezeichnet und die Schuld an der Gefahr ganz wie beim ersten Putsch mit fadenscheinigen Vorwänden der Regierung in die Schuhe zu schieben sucht.

Ein heuchlerischer Aufruf.

Der „Bund der Landwirte" hetzt weiter.

Von der Entente ist bekanntlich die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt worden. Hiergegen wendet sich der „Bund der Landwirte" und der ihm seelenverwandte „Deutsche Landbund" in einem Aufruf, in dem die Landleute aufgefordert werden, nachdrücklichsten Widerspruch gegen ihre Entwaffnung zu erheben. Die Form, in der der Aufruf abgefaßt ist, ist sehr geschickt. Durch das Vorgehen, die Entwaffnung der Landwirtschaft würde eine Störung der Lebensmittelversorgung und Hungersnot für das deutsche Volk hervorrufen, soll Stimmung für Widerstandsmethoden gemacht werden, die geeignet sind, uns in erneute schwere Komplikationen mit der Entente zu verwickeln. Der „Bund der Landwirte" ermahnt nämlich zum schärfsten Widerstand und fordert die Regierung zur Anwendung aller Mittel auf, „um diesem neuesten Attentat auf Deutschlands Ruhe und Sicherheit" zu begegnen.

Zwar ist geschickterweise von einem bewaffneten Widerstand nicht die Rede, nach den Ereignissen der Kappwoche aber dürfte man in der Annahme nicht fehl gehen, daß gewissenlose Agrarier — wie es deren in Pommern ja eine ganze Anzahl geben soll — vor nichts zurückscheuen, wenn es gilt, die Waffen zu behalten, die zwar angeblich gegen das Schreckgespenst Bolschewismus verwandt werden sollen, die sie aber im entscheidenden Augenblick auch gegen die verfassungsmäßige Regierung zu wenden verstehen. Der Aufruf, der nichts weniger als eine Unterstützung der Regierung bedeutet, ist den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden zugegangen. Hoffentlich nehmen diese ihn mit dem notwendigen Mißtrauen auf, das Publikationen seitens des „Bundes der Landwirte" und des „Deutschen Landbundes" entgegengebracht werden muß.

Der Bock als Gärtner.

Ist das eine Untersuchung?

Die beiden nachstehenden Schriftstücke sprechen für sich selber. Das erste lautet:

Nur für den Dienstgebrauch.

Nachrichtenblatt der Heeresleitung im Reichswehrministerium.
Herausgegeben von Z 1.
Nr. 72 — 13. April 1920. — 2. Jahrgang.

434. — Untersuchungskommission über die Märzvorgänge.

Der Chef des Waffenamts, Oberst Frhr. Kreß v. Kressenstein, ist zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission über die Märzvorgänge ernannt worden. Die Kommission hat ihren Dienst im Reichsw.-Ministerium, Königin-Augusta-Straße, aufgenommen (Zimmer 513—516, Fernspr. Z 79).

Alle an Oberst Frhr. v. Kreß bzw. die Kommission gerichteten Briefe, Anfragen usw. sind bis auf weiteres nicht an W A, sondern an oben angegebene Adresse zu leiten.

W A v. 10. 4. 20. Nr. 105. 4. 20. W A.

Um zu erfahren, wer der Vorsitzende dieser Untersuchungskommission Oberst Freiherr von Kreß ist, wolle man das folgende zweite Schriftstück lesen:

Berlin, den 16. März 1920.

Die gestern festgelegte Stellungnahme der Offiziere, Beamten und Angestellten des Reichswehrministeriums ist gestern abend dem General der Infanterie von Lüttwitz und heute mittag dem Generallandschaftsdirektor Kapp vorgetragen worden.

Beide Herren haben sie mit Dank für die Bereitwilligkeit zur Weiterarbeit entgegengenommen und sich mit den hierbei gemachten Voraussetzungen einverstanden erklärt.

Generallandschaftsdirektor Kapp verfügte außerdem sofort die Aufhebung seines gestern an das Ministerium gerichteten Erlasses betr. Zwangsmaßregeln zur Weiterarbeit.

Oberstleutnant Hasse hat gestern abend den General Maerker nach Stuttgart begleitet, um die Regierung Ebert über die Stellungnahme der Offiziere, Beamten und Angestellten des Reichswehr-Ministeriums zu unterrichten.

gez. General v. Eisenhard-Rothe, gez. Oberst v. Feldmann,
gez. Oberst Frhr. v. Kreß.

Welches Vertrauen darf man zu der Untersuchung eines Obersten haben, der den Kapp und Lüttwitz die Bereitwilligkeit zur Weiterarbeit ausgesprochen hat?

Ferner notieren wir folgende Bekanntmachung, die am Morgen des 12. April in der Admiralität, Berlin W. 10, in Umlauf kam:

Bekanntmachung M. I. 1009 v. 9. 4. 20.

Zur Prüfung des Verhaltens der Offiziere der Admiralität während der Märzwirren ist eine Kommission eingesetzt worden, bestehend aus: Kapt. z. S. von Gehren, zugleich Vorsitzender, Geh. Adm.-Rat von Tadden, Korv.-Kapt. Clausen. Außerdem Oblt. z. S. Lindemann als Schriftführer.

Admiralität, Zentralabteilung. Im Auftrage: gez. Hansen.

Bei der von uns schon mehrfach gekennzeichneten Haltung der Admiralität während des Putsches kann auch diese Kommission keinerlei Vertrauen erwecken. Wir verlangen Untersuchungskommissionen, keine Kommissionen, bei denen die große Gefahr besteht, daß sie durch Mitwirkung von Personen, deren Haltung während des Putsches selber als untersuchungsbedürftig angesehen werden muß, zu Verschleierungskommissionen werden.

Speck und Butter hätt' ich gern . . .

Im „Berliner Lokalanzeiger" war kürzlich folgendes Inserat zu lesen:

Offiziers- und Beamtenfamilien.

Butter und Speck gibt ab bis zu je 5 Pfd. zu 22 bzw. 20 M. per Pfund. Gef. Schreiben v. Rauchenecke, Hirschberg i. Schl., Villa Baumann.

Der hungernde Städter empfindet ein Gefühl seltener Freude, wenn ihm ab und zu so deutlich gezeigt wird, wo es noch diese vielbegehrten Lebensmittel gibt. Herabgemindert wird seine Freude allerdings, wenn er nicht gerade zufällig Offizier oder Beamter ist. Leider fehlt in der Annonce die Angabe, ob zum Zwecke der Nachprüfung der Rassereinheit Einsendung eines amtlich beglaubigten Stammbaums mit Bildnis verlangt wird. Ferner ist nicht angegeben, ob auch republikanische Offiziere der seltenen Gabe gewürdigt werden. Aus Red. natürlich nur, nicht selbst jener bevorzugten Kaste anzugehören, erlauben wir uns die bescheidene Anfrage: wo bleiben die Behörden?

Die Einheitsfront der Pappenfabrikanten.

Ein Gipfel der Unternehmerfrechheit.

Der Verband deutscher Dachpappenfabrikanten, e. V. Berlin, versendet an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben:

Wie wir erfahren, wird von der Arbeitnehmerschaft in der Dachpappenindustrie teilweise versucht, besondere Lohnzulagen und Vergünstigungen zu erreichen, u. a. mit dem unbegründeten Hinweis auf die behaupteten besonders schmutzigen Arbeiten in den Dachpappenfabriken. Mit der gleichen Begründung wird die Stellung besonderer Berufskleidung oder besonders langer Waschzeit gefordert. Wir empfehlen allen unseren Mitgliedern dringend, sich gegenüber solchen Versuchen völlig ablehnend zu verhalten und alle derartigen Forderungen als undiskutabel glatt zurückzuweisen. Wir warnen jede einzelne Firma, irgendwie nachgiebig zu sein, denn wenn erst eine Bresche in die einheitliche Front der Dachpappenindustrie geschlagen wird, können nachteilige Folgen für die ganze Industrie kaum ausbleiben. Schon dem ersten Schritt muß hier mit Entschiedenheit entgegentreten werden. Jeder Dachpappenfabrikant weise also solche Sonderforderungen der Arbeiterschaft rundweg zurück.

Die Behauptung der Scharfmacher, der Hinweis der Arbeiter auf die besonders schmutzige Arbeit sei unbegründet, setzt aller Unternehmerfrechheit die Krone auf. Hoffentlich wird durch geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft nun doch Bresche in die Einheitsfront dieser böswilligen Gesellschaft gelegt!

Die Opfer der Großagrarier.

Zu der Notiz unter dieser Ueberschrift in der Montagabendnummer wird uns geschrieben:

In der Nummer 3067 des „British Medical Journal" vom 28. Februar 1920 findet sich der Bericht über die Feststellungen, welche der englische Arzt Prof. E. H. Starling zusammen mit Dr. Guillebaud und Dr. Dougall in Deutschland über die Ernährungsverhältnisse gemacht hat. Es heißt darin:

Vor dem Kriege war die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln sehr reichlich. Berücksichtigt man gewisse statistische Ueberschätzung bei der deutschen Statistik während der Friedenszeit, die Verminderung der Einfuhr im Kriege, den Mangel an Futter und Arbeitskräften, so kann man doch noch die Lebensmittelmengen für 1917/18 in Deutschland als ausreichend berechnen. Bei gleichmäßiger Verteilung würden sie ausgereicht haben; die Not ist lediglich durch die ungleiche Verteilung eingetreten. Die Produzenten verbrauchten ihre volle Friedensration und gaben den Ueberschuß nicht zur gleichmäßigen Verteilung frei, sondern verkauften ihn im Schleichhandel zu gewaltigen Preisen. Starling faßt seine Feststellungen dahin zusammen:

„Die Agrarier mästeten sich, die Reichen aßen soviel sie wollten und die unteren und mittleren Schichten der städtischen Bevölkerung hungerten. Insoweit Mangel an Nahrungsmitteln Deutschland auf die Knie zwang, verdankt es sein Unglück dem Mangel an Vaterlandsliebe seiner eigenen Bewohner. Es ist eine bittere Ironie, daß gerade dasjenige Volk, das den Nationalismus vergötterte und sich wegen seines Patriotismus für edler erachtete als alle anderen Völker, durch die Selbstsucht einzelner Schichten zu Grunde ging."

Dieses Urteil mag den Gesinnungsgenossen der „Post" wahrlich schlecht in den Ohren klingen. Es trägt aber vielleicht dazu bei, daß die große Masse des Volkes immer mehr erkennt, wo die wahren Volksverderber sitzen, ob es diejenigen waren, welche inmitten des Chaos die Zügel ergriffen, um noch zu retten, was zu retten war, oder diejenigen, die durch ihre Selbstsucht uns in das Unglück hineinstürzten.

Die Tagung der Berufssoldaten.

Wirtschaftliche Sorgen.

Die heutige Vormittagssitzung des Reichswirtschaftsverbandes deutscher ehemaliger und derzeitiger Berufssoldaten brachte einen Bericht von Zacke, Geschäftsführer der Berufsunteroffiziervertretung des Verbandes, über die Fürsorge für entlassene Unteroffiziere und über die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der in der Reichswehr bleibenden Unteroffiziere.

Die Truppenentlassungen

machen eine Fürsorgetätigkeit der Regierung nötig. Tausende von Arbeitswilligen und Arbeitskräftigen warten auf Arbeit. Die Unteroffiziere vermissen aber bei der Regierung bisher das nötige Verständnis. Sie müssen auch mit anderen Berufsorganisationen, die in ihnen noch Anhänger der Monarchie sehen, einen ständigen Kampf führen. Ein Teil der Unteroffiziere hat noch keine Stellung gefunden und das Wartegeld müßte erhöht werden, aber trotz Bitten des Verbandes ist das bisher nicht geschehen. Er will deshalb neue Schritte bei der Regierung tun. Auch Behörden machen Schwierigkeiten bezüglich der Anstellung.

Wegen der

Anstellungsgrundsätze

hat der Verband seine Forderungen an verschiedene Behörden gerichtet. Die Neuregelung der Reichswehrbesoldung wird durch das demnächst fertigzustellende Reichswehrgesetz bestimmt. Bei den neuesten Beförderungen zu Offizieren sind über 50 Proz. aus den Unteroffizieren genommen worden. 30 Proz. hat man ihnen zugesichert. Das Reichsfinanzministerium hat durch Kürzung des Verpflegungsgeldes neue Unzufriedenheit in die Unteroffiziere hineingetragen.

In der Diskussion bedauerte ein als Gast anwesender Vertreter des Militäranwärterbundes die Spaltung in zwei Sonderorganisationen. Die meisten Redner erörterten dann die Frage des Zusammenschlusses mit dem Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten und forderten Aufgehen des Bundes im Verband. Ein Verbandsvertreter aus Hessen wies darauf hin, daß der Militäranwärterbund bei der früheren Regierung fast als „sozialistisch" galt, heute aber deutschnationale Politik treibt. (Lebhafte Zustimmung.) Für ältere Militäranwärter sei es, spottete er, noch immer die schönste Erinnerung ihres Lebens, ein- oder zweimal

mit einer Exzellenz an einem Tisch

gesessen zu haben. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Verbandsvertreter aus Bayern führte aus, der Militäranwärterbund stamme aus einer Zeit der Gegebenheit, der R. d. B. sei die Schöpfung einer neuen sozialen Zeit. Aus Mecklenburg wurde mitgeteilt, daß der Vorsitzende der dortigen Landesgruppe des Militäranwärterbundes zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert habe.

Für das Reichsarbeitsministerium erklärte Geh. Reg. Sekr. Kühne, das Ministerium bringe den Wünschen der entlassenen Unteroffiziere größtes Interesse entgegen. Eine Schwierigkeit liege in der Notwendigkeit, zunächst viele überzählige Beamte unterzubringen. Er glaubt aber, daß auch für die Unterbringung der Militäranwärter noch ausreichend Stellen vorhanden sein werden.

Aufhebung eines Zeitungsverbots. Das in der vorigen Woche erlassene Erscheinungsverbot gegen die kommunistische „Rote Zeitung" in München ist mit Wirkung vom morgigen Tage ab wieder aufgehoben.

Das Netz der Verschwörung.

Wir setzen nachstehend die Veröffentlichung der bei den Verschwörerakten befindlichen Protokolle fort:

III. Protokoll.

Sitzung in der Wohnung des Geheimrats Dr. Heim, Regensburg, am 21. Februar 1920. Anwesend: Hauptmann Berthold, Geheimrat Dr. Heim, Oberleutnant Kuhn.

Herr Hauptmann Berthold hält einen kurzen Vortrag über das Bestehen einer Militärorganisation zur Erneuerung und Gesundung Bayerns. Erklärt kurz den Aufbau dieser Organisation, gibt dazu kurz eine Erläuterung und behandelt dann eingehend die Ziele der Organisation. — Diktatur nach zwei Seiten, Militär- und Volkswirtschaftsdiktatur. (Siehe Organisationsplan Die neue Zeit.) Hauptmann B. spricht dann über die außenpolitische Frage und die drei Möglichkeiten. Nach seinen Ausführungen bittet B. Herrn Dr. Heim, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Heim erklärt sich zur Bildung und Uebernahme der Regierung bereit. Er hält seinerseits einen kurzen Vortrag über die Bildung einer Bauernorganisation und spricht dann über die innere wirtschaftliche Gestaltung. Vor allen Dingen macht er auf die drohende Hungersnot, die in Bayern im Mai zu erwarten ist, aufmerksam. Dr. Heim hält eine Verständigung mit Frankreich für möglich. Dr. Heim hält die Bereitstellung von Lebensmitteln für die dringendste Forderung.

II. Oesterreichische Staatsräte wohnten der Sitzung bei, irgend welche brauchbaren Vorschläge machten sie aber nicht.

Gesehen und genehmigt: Berthold, Hauptmann.

IV. Protokoll

über die Sitzung im Hotel Königshof, München, am 23. Februar 1920. Anfang 5 Uhr nachmittags. Anwesend: Vertreter der vier Blocks: München (Hauptmann Diehl), Passau (Major Hoffmann), Nürnberg (Hauptmann Heiß), Würzburg (Oberleutnant Kuhn), Hauptmann Berthold Ab 8,30 Uhr nachmittags Major Bischoff

1. Frage: Organisation?

Es werden die alten 3 A. K. festgelegt und als Führer obengenannte Offiziere bestimmt, die die für den ersten Schlag nötigen Vorbereitungen zu erledigen haben (Mobilisierung der Reichswehr, Studentenschaft, Offiziere zum Teil schon erledigt). Abschließende Vorbereitungen durch Mobilisation des guten Teiles der Bürgerschaft werden in den nächsten Tagen erledigt. Desgleichen auch eingehende Bearbeitung von Militär und Zivil, in den A. K.-Bezirken unter offener Flagge des Kampfes gegen den Bolschewismus. Fertigstellung der Mobilmachungspläne und Einreichung der im Augenblick des Schlages zu treffenden Maßnahmen innerhalb des Korpsbezirks.

2. Frage: Uebernahme des Korps beim Schlag?

1. A. K. Oberst Epp, 2. A. K. Oberstleutnant Herrgott, 3. A. K. Oberstleutnant v. Danner.

Diktator: Graf Krafft v. Delmensingen.

Vorbereitungsstäbe treten an die Seite des neuen Korpskommandeurs.

3. Frage: Der Schlag.

Besetzung der wichtigsten Regierungs- und Verkehrsstellen, desgleichen die Post-, Telephon- und Telegraphenämter. Ablösung der Besatzungstruppen im Laufe der ersten Tage durch die ausgehobenen Bürger und Schaffung einer starken Reserve in Militär und Studenten für die Zeit, in der der Gegner zur Besinnung gekommen. Mobilisation der Bauernschaft — teils für örtliche Bewachung, teils in Form von „Bauernkorps" als bewegliche Reserve in der Hand des Diktators.

4. Frage: Wann muß und wann darf allein nur der Schlag erfolgen?

Diese Frage wurde durch Herrn Major Bischoff behandelt und man einigte sich dahin: Es muß, sobald bolschewistische Anzeichen sich bemerkbar machen, sobald der Hunger Ruhe und Sicherheit im Volke in Frage stellen. Er darf nur — sobald wir in der Lage sind, dem Volke einigermaßen Brot zu geben. Die Verhandlungen mit Amerika sollen beschleunigt werden.

5. Frage: Keine Trennung zwischen Preußen und Bayern.

Diktator Ludendorff.

Bayern erhält Wink durch Preußen. Schlägt Bayern selbständig los, so wird Preußen benachteiligt. Die preußischen Ostfragen sind auch für Bayern Lebensbedingung.

6. Frage: Anschluß an den bayerischen Heimatbund, deren Gegensätze darin bestehen, daß der bayerische lediglich nationale, ideale Bestrebungen hat, während der preußische realwirtschaftlich kämpft.

Gesehen und genehmigt: Berthold, Hauptmann.

V. Protokoll.

Sitzung bei Exz. von Schoch am 24. Februar 1920. Anwesend: Exzellenz von Schoch (Vertretung Heimatbund), Major Bischoff (Vertreter Preußens), Hauptmann Berthold (Vertreter Militärorganisation.).

Es wird festgestellt, daß vom Heimatbund bis jetzt noch nichts geschehen ist, wohl aber hat man eine große Anzahl von Referaten eingerichtet. Man kam zu der Einigung, daß der bisherige Heimatbund nicht mehr Geheimbund, sondern

unter dem Firmenschild — Antibolschewistische Liga —

die ganzen Vorbereitungen in sich vereinigt, und zwar auf der einen Seite vorbereitende Arbeit im zivilen Volksleben und auf der anderen Seite die bisher bestehende Organisation ohne irgend welche Veränderung. Aufstellung eines älteren Militärs als Kopf, ihm beigegeben ein Generalstabsoffizier. Zentralstelle Berlin. Die zivilen Vorbereitungen gegliedert nach Referaten, aufgebaut an der 3 A. K. auf Ortsgruppen, die

I. alle bestehenden Zivilvereine mit dem gleichen Sinn und Inhalt in sich auffressen unter vollster Belassung der eigenen materiellen oder ideellen Sonderbestrebungen.

II. Alle die in der Liga zusammenschließt, die Gegner spartakistischer oder bolschewistischer Umtriebe sind, aufgebaut nach Berufen, ohne Rücksicht auf die Partei.

Gesehen und genehmigt: Berthold, Hauptmann.

In unseren weiteren Veröffentlichungen werden wir in die Korrespondenz der Verschwörer hineinleuchten.

Wie sie rüsten.

„Diesmal siegen wir ganz bestimmt."

Uns wird geschrieben:

An der äußersten Grenze von Wilmersdorf, Homburger Straße 1, wohnt ein Uhrmacher, ein eifriger Parteigenosse der Deutschnationalen. Am 27. Januar hatte er — als einzige reaktionär-monarchistische Säule — seinen Kaisergeburtstagsgefühlen dadurch Ausdruck gegeben, daß er die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hatte. Während der Kapp-Woche war unser Held natürlich außer dem Häuschen. Sein Geschäft blieb verwaist. Ein Schild: „Wegen F. W. Dienst bis auf weiteres geschlossen" zeigte, daß der Inhaber nur noch eine Lebensaufgabe kannte: Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Und hier fängt die Geschichte an, ernst zu werden. Zufällig wurde ich vor einigen Tagen Zeuge eines Gesprächs, das mir die Gefährlichkeit dieser fanatischen Altmonarchisten klar zum Bewußtsein brachte. Wie immer begann er mit seiner Kundin eine politische Unterhaltung; er deutete die Wahrscheinlichkeit neuer Unruhen an, von denen er aber zuversichtlich prophezeite, daß sie einen anderen Ausgang nehmen würden als der Kapp-Putsch. Die biedere Bürgersfrau, der die Angst vor neuen Unruhen und Schießereien auf dem Gesicht geschrieben stand, schien von diesen Kampfes- und Siegesaussichten wenig erbaut zu sein und meinte, zu scharfen Kämpfen und bewaffnetem Aufstand werde es wohl kaum wieder kommen, da doch alle Waffen abgeliefert werden müßten. Damit kam sie aber schlecht an bei dem deutschnationalen Helden. „Was?! Waffen abliefern?! Ich möchte einmal den sehen, der mich zwingen könnte, meine Waffen abzuliefern! Das gilt nur für die andern, für das Lumpengesindel von Arbeitern! Wir denken gar nicht daran, unsere Waffen aus der Hand zu geben. Niemand von uns denkt daran! Wir sind bis auf die Zähne bewaffnet, sage ich Ihnen, viel besser als vorher. Diesmal werden wir ganz bestimmt siegen, denn wir werden selbst bestimmen, wann wir losschlagen, und wir haben die Waffen, um loszuschlagen." Während dessen hatte er unter den Tisch gegriffen und einen tadellosen Browning hervorgeholt, den er der erschrockenen Frau drohend unter die Nase hielt. „Das sage ich Ihnen, Frau ....., wenn da etwa so eine Arbeiterdelegation, so ein Arbeiterrat oder sonst was kommt und uns unsere Waffen abverlangt, die schieße ich einen nach dem andern über den Haufen, diese Arbeiterbande, so wahr ich hier stehe. Da frage ich gar nicht erst nach, warum und was, die werden einfach niedergeknallt. Verstanden!"

Zur Kritik dieser Geschichte nur dies: es gibt nicht nur diesen einen Revolverhelden in der Einwohnerwehr. Wann gedenkt die Regierung etwas gegen diese reaktionären Revolverhelden zu unternehmen?

Mittwoch mittag verbreitete sich in Wilmersdorf wie ein Lauffeuer das Gerücht, daß Baltikumtruppen, die in Döberitz entwaffnet worden sind, der Reichswehr Waffen entwendet haben. Zu dieser Sache erfahren wir folgendes: Mittwoch früh wurden von der Wache der Wilmersdorfer Einwohnerwehr in der Schoperstraße vier schwere und neun leichte Maschinengewehre und 60—70 Gewehre und Pistolen gegen Quittung abgeholt. Die Leitung der Wilmersdorfer Einwohnerwehr behauptet, nicht zu wissen, welche Truppenformation die Waffen abgeholt habe und Leutnant Kohnert hatte die Quittung über die Waffenabgabe angeblich nicht zur Hand, um sie zeigen zu können. Wie wir hierzu noch erfahren, wird sich heute der Wehrberatungsausschuß im Rathaus mit dieser rätselhaften Sache befassen.

Vorzugskurse für Heimkehrer

für die Zeit vom 13.—18. April.

100 indische Rupien 2000, 1 japanischer Yen 20, 1 Hongkong-Dollar 38, 1 chinesischer Dollar 40, 1 mexikanischer Silber-Dollar 28 Mark.

Der Entschädigungssatz für verloren gegangene Postpakete ist von 8 Mark für das Pfund auf 10 Mark erhöht worden. Während der Unruhen vom 13. bis 22. März sind die aufgegebenen Wertsendungen in Berlin liegen geblieben. In dieser Zeit wurde auf einem Postamt ein großer Geldbriefbeutel mit 400 000 Mark gestohlen.

Britz. Der nächste Unterhaltungsabend für die Jugend findet heute, 7 Uhr, in der Aula der I. Gemeindeschule, Chausseestraße 136, statt. Er wird vom Gemeindejugendamt für die schulentlassene und die schulpflichtige Jugend vom 10. Jahre ab veranstaltet und durch gute Lichtbilder die Naturschönheiten „des schönen Schwabenlandes" zur Anschauung bringen. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., auch die Eltern der Jugendlichen können erscheinen.

Du mußt brahmsisch werden! Daß wir Caligori werden müssen, lesen wir auf allen Hochbahnsteigen. Aber wenns was zu flicken gibt und das Nähgarn unerschwinglich ist, dann müssen wir schon brahmsisch werden. Er nämlich, der Olympier Johannes Brahms, Schöpfer unvergänglicher Tonstücke, er der ewige Junggeselle, er hatte es schon im tiefsten Frieden heraus. Er brauchte keinen Flickschneider und keine Näherin — er reparierte seine Kleider mit Siegellack.

Aus der Geschichte Berlins. Heute abends 8 Uhr, hält Dr. Lederer einen Lichtbildervortrag: „Vom Fischerdorf zur Weltstadt; wie Berlin war und wurde," im Realgymnasium, SW, Mittenwalder Straße 57.

Der Bund religiöser Sozialisten veranstaltet Freitag ½8 Uhr in der Elisabethschule, Kochstraße 65, eine öffentliche Versammlung. Es referieren zunächst die Genossen Pahn, v. Harnack und Göring. Da zurzeit in Berlin die Generalsynode tagt, um zu entscheiden, ob die Landeskirche in Zukunft eine Domäne der Reaktion bleiben soll oder ob auch in ihr ein freierer Luftzug wehen darf, dem allgemeinen Kulturleben des neuen Volksstaates gemäß, so werden unsere Genossen und Genossinnen, die sich für kirchenpolitische Fragen, Urwahlen, Frauenstimmrecht und dergleichen interessieren, besonders auf die Versammlung des Bundes religiöser Sozialisten aufmerksam gemacht.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hermsdorf. Als Ersatz für die ausgefallenen Kartoffeln 200 Gramm ausländische Hülsenfrüchte (12a u. b), 200 Gramm Rangoonbohnen (12g), 200 Gramm ausländische Hülsenfrüchte (13a), 200 Gramm Rangoonbohnen (13g), ein Päckchen Süßstoff (2). Für Kinder bis zu 2 Jahren und werdende Mütter (vom 4. Monat ab) Freitag und Sonnabend 2 Pfund Kindergerstenmehl. Bezugsscheine an den bezeichneten Tagen im Lebensmittelbureau, Zimmer 6. Für Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren eine Büchse kondensierte Milch. Ausgabe 14. und 15. d. Mts.

Stralau. 3 Maggi-Suppenwürfel (17), 125 Gramm Maismehl (18). Anmeldung bis 20. Ausgabe am 23.

Scheidemann und die Schieber.

Ein verurteilter Verleumder.

Auf der Anklagebank des Landgerichts II, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Beuke, Staatsanwalt Ortmann, sitzen drei Herren, Schieberhp. Der eine hat 14 Vorstrafen, darunter Betrug, Diebstahl, Schiebereien usw. Der zweite ist irgendwo als Hilfsbeamter angestellt und ist ein Gelegenheitsschieber, der, wie er sagt, bei seinem ersten Geschäft bereits hereingefallen ist. Der dritte, ein Herr Kamecke, ist der vollständige Typ des Schiebers. Eine verunglückte Salbersanschiebung hat die drei auf die Anklagebank gebracht.

Was Scheidemann damit zu tun hat? Herr Kamecke aus Charlottenburg hatte ihn zum Schutzengel ausersehen. Die Sache spielte sich folgendermaßen ab: Die drei Herren hatten einen Posten Salbarsan irgendwo aufgetrieben, Kamecke sollte ihn verkaufen, geriet dabei aber an Agenten und Beamte der ehemaligen Kommandantur Berlin. Kriminalbeamte beobachteten die Schieber und da sie Verdacht gefaßt hatten, beobachteten die Schieber wiederum die Beamten und da beide Seiten anscheinend gut bewaffnet waren, war die Sache durchaus nicht ungefährlich. Herr Kamecke fragte den Beamten, mit dem er verhandelte, ob er auch ein wirklicher Kaufmann sei und ihn nicht an die Polizei verrate. Uebrigens hätte es keinen Zweck, ihn der Polizei anzugeben, er habe gute Verbindungen zu der Polizei und 50 Beamte würden in die Luft fliegen, weil sie selbst an Schiebungen beteiligt seien. Zum Beweise seiner guten Beziehungen führte Herr Kamecke weiter an, daß er einen Alt gesehen habe, nach dem Scheidemann an einer Spiritusschiebung beteiligt sei und damit 1 bis 1½ Millionen verdient hätte. Der Beamte machte ihn ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das doch eine sehr gewagte Behauptung wäre, was Herrn Kamecke aber nur veranlaßte, seine Angaben nochmals zu bekräftigen. Als der Beamte zur Beschlagnahme schritt und Herr Kamecke dann später vom Staatsanwalt nach den Grundlagen seiner Behauptungen gefragt wurde, wollte er natürlich nichts gesagt haben. De- und wehmütig bat er den Genossen Scheidemann in einem Briefe und auch heute wieder vor Gericht, den gestellten Strafantrag wieder zurückzuziehen und ließ durch seinen Rechtsanwalt nochmals bekräftigen, daß er keinerlei Grundlagen dafür habe, um behaupten zu können, daß Scheidemann jemals ein Geschäft, geschweige denn eine Schiebung gemacht habe. Auch vor Gericht bestritt er jene Aeußerung getan zu haben, doch wurde er durch die Aussagen der Beamten überführt.

Genosse Scheidemann, der als Nebenkläger auftrat, erklärte dem Gericht, daß er zu der Klage nur veranlaßt worden sei, durch den niederträchtigen Verleumdungsfeldzug, der aus dunklen Quellen gespeist wird und der die Leute überall, wo sie ihn sehen, veranlaßt, die Köpfe zusammenzustecken und von Dingen und Leuten zu reden, mit denen er nie etwas zu tun gehabt hat. Auch seine nächsten Angehörigen litten unter diesem Treiben einer nichtswürdigen Hetzpresse. Scheidemann betonte, daß er in seinem ganzen Leben niemals irgend ein Geschäft gemacht hat und niemals an Geschäften Geld verdient habe. Aber er werde sich nicht wundern, wenn nach der heutigen Verhandlung in gewissen Zeitungen von einer — „Salbersanschiebung Scheidemanns" — gesprochen würde. Im Interesse der Partei, seiner Familie und auch derjenigen Männer, die noch das Opfer bringen, der Regierung anzugehören, habe er das Gericht in Anspruch nehmen müssen.

Scheidemanns Rechtsbeistand, Justizrat Werthauer, wies auf die besondere Gemeingefährlichkeit der Verschiebung von Heilmitteln hin, die den Krankenkassen entzogen werden und dann hintenherum zu teuren Preisen verkauft werden. Gerade in Erkenntnis der Gemeingefährlichkeit dieses Verhaltens habe Kamecke versucht, durch seine Verleumdung Beamte zu Teilhabern zu machen.

Das Urteil lautete gegen die drei Angeklagten wegen unbefugten Handels mit Arzneimitteln auf je 600 Mark, gegen Kamecke außerdem wegen unbefugten Besitzes dreier Pistolen auf weiterer 50 Mark. Wegen der Verleumdung Scheidemanns erhielt Kamecke drei Monate Gefängnis nebst einer sehr scharfen Urteilsbegründung.

Am Nachmittag behandelt eine andere Kammer gegen den Verleumder Rodin.

Zur Nachahmung empfohlen. Der Landrat des Kreises Ostpriegnitz, Herr v. Winterfeld, ist nach amtlicher Bekanntgabe im Kreisblatt vom Amte suspendiert. Gegen ihn ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Englische Wahlen. Bei der Ersatzwahl in North-West Chamberwell wurde der Arbeitsminister Mac Namara (koal. lib.) mit 6618 Stimmen gewählt. Miß Lawrence (Arb.-Partei) erhielt 4733 Stimmen und Carroll (unabh. Lib.) 3386 Stimmen. Bei der Ersatzwahl in Basingstoke wurde Sir Arthur Holbrook (koal. Union) mit 8135 Stimmen gewählt. Sir Henry Verney (Lib.) erhielt 5393 Stimmen, Round (Arb.-Partei) 5338 Stimmen.

Groß-Berlin

Putschahnen.

Frühlingsglanz liegt über der Großstadt. Die liebe Sonne sendet ihre Strahlen in die großen Straßen, bemüht sich aber auch, der armen Proletarierfrau in ihrer engen Stube einen Gruß zu senden.

Aber den sonst so lust- und lichthungrigen Berlinern imponierte das heute alles gar nicht. Eilig wie immer hasteten sie zu ihren Arbeitsstätten und waren, so gut das im Getriebe der Großstadt geht, bemüht, ihre Zeitung zu studieren. Da konnte man denn manch' böses Gesicht und manchen wilden Fluch hören. Sie lebt also immer noch, diese Verbrecherbande. Ja, nicht nur das, sie kann es sogar wagen, mit neuen Gewaltstreichen zu drohen. So ging es durch den Kopf all der Vielen, die heute früh die Zeitung zur Hand nahmen.

Bitterer Hohn sah aus dem Gesicht des einen, während der andere in ohnmächtiger Wut seine Faust ballte und den Wunsch hegte, sie mit aller Kraft einem dieser Volksschädlinge auf die Brust zu setzen. Resigniert erklärte der Dritte, er werde sich nicht mehr um die Dinge bekümmern, man habe ja für sein Eintreten für Republik und Demokratie nach Beseitigung der Gefahr nur Unannehmlichkeiten zu erwarten. Und man kann ihm nicht Unrecht geben. Nur ganz wenige wagten es, über die „Angst vor neuen Putschen" zu scherzen.

Als sie aber in die Nähe des Regierungsviertels kamen, da wurden auch sie ernster. Da waren sie wieder, die „Grünen", mit dem geschulterten Karabiner, dem Revolver und der Handgranate. Alle Zugänge zur Wilhelmstraße hatten sie besetzt, fragten die Passanten höflich nach Ziel und Zweck und geboten den Fahrzeugen ein „Halt!". Die Regierungsgebäude hatten teilweise schon um Mitternacht eine stärkere Besatzung erhalten. Auf Stühlen und Bänken saßen die Leute nun im Morgensonnenschein und stellten Betrachtungen über den „kommenden Putsch" an.

Einer meinte: „Wenn es nach mir ginge, dann würde eine Regierung aus Irrenärzten gebildet. Vielleicht ist die imstande, dieses Tollhaus zu leiten." „Recht hastel" erwiderte einer, während die anderen in lautes Gelächter ausbrachen.

Währenddessen sauste ein Lastauto mit Sicherheitspolizisten besetzt vorüber und mahnte an den Ernst der Stunde, die mit gebieterischer Strenge von Regierung und Volk fordert: wach und bereit zu sein!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Genossinnen!

Freitag nachmittag 3 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, Wahlkonferenz der Genossinnen des Kreises Niederbarnim. Genossin Juchacz spricht über: „Die politische Lage und die kommenden Wahlen."

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung. Bezirk Lichtenberg. Sonntag, 10 Uhr, Café Bellevue, Hauptstr. 2, öffentliche Versammlung. Referenten: Strödel, Koeltz, Rehrieple. — Das Arbeitsamt der Arndt-Hochschule ist jetzt nach W 9, Schelingstr. 1/II, verlegt worden. (Fernsprecher: Kurfürst 6884/85, Nollendorf 8175. — Freier Wanderbund. Sonntag: 1. Wanderung mit den Frankfurter Wandergenossen, Fürstenwalde, Rauener Berge, Peiersdorfer See. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 5.33 früh. 2. Grunewald, Köckritz, Kegel. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 6,33 früh.

Wirtschaft

Kapp-Streich und Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Produktion sollte durch die Kappisten gefördert werden. Welche Folgen ihr Unternehmen für die Landwirtschaft in Wirklichkeit gezeigt hat, beweist ein Bericht über eine Sitzung im preußischen Landwirtschaftsministerium, wo die Düngemittelversorgung der Landwirtschaft zur Sprache kam. Hier konnte an Hand der Zahlen festgestellt werden, daß vor dem Putsch in der Förderung der Düngemittelproduktion und der Wagengestellung für Düngemittel ganz bedeutende Erfolge erzielt worden waren.

Während der deutschen Landwirtschaft in der Zeit vom 1. Mai 1913 bis 28. Februar 1914 455 000 Tonnen Kali angedient wurden, betrug die Lieferung für den gleichen Zeitraum 1919/20 606 700 Tonnen; an Stickstoff standen unserer Landwirtschaft vom 1. Mai 1918 bis 28. Februar 1919: 93 000 Tonnen zur Verfügung, gegenüber 117 500 Tonnen für die nämliche Zeitspanne 1919/20. Eine nicht unwesentliche Besserung! Durch den Kapp-Putsch sind die günstigen Ansätze zu einem erheblichen Teil leider wieder vernichtet worden. Der Vertreter des Kalisyndikats führte in der Sitzung aus:

„Es sei außerordentlich bedauerlich, daß durch den Kappschen Aufstand die Kaliversorgung der Gebiete Brandenburg, Mecklenburg und der Provinz Sachsen sowie Anhalt — nachdem Pommern, Schlesien und die nordwestliche Mark bereits hinreichend, teilweise sogar voll beliefert waren — jetzt zu spät kommen werde."

Der Sachverständige auf dem Gebiete der Stickstoffindustrie gab seiner Meinung wie folgt Ausdruck:

„Es ist uns gelungen, in den letzten Monaten die Abtransporte von Stickstoff ganz außerordentlich zu steigern, und zwar dadurch, daß uns die Wagen in einer erheblich besseren Weise gestellt wurden als in den letzten Monaten des Vorjahres. Wir haben im Dezember 26 000 Tonnen — alle diese Zahlen beziehen sich auf Stickstoff ohne Kalkstickstoff — herausgebracht, im Januar 82 000 Tonnen im Februar 41 000 Tonnen und wir hätten erwarten dürfen, daß wir im März fast doppelt soviel herausbringen konnten, wie im Dezember, wenn dieser wahnsinnige Umsturzversuch mit seinem Eingreifen in das Wirtschaftsleben nicht erfolgt wäre."

Ganz in diesem Sinne lauten die Aeußerungen der anderen Vertreter der Kunstdüngerindustrie. Wenn die Landwirte jetzt ihren Bedarf an Stickstoff und Kalidüngemitteln vielerorts nicht zu decken vermochten, so wissen sie, daß der Kapp-Putsch mit seinen Folgen daran schuld ist, weil er in wenigen Tagen die von den zuständigen Stellen in langwieriger, mühevoller Arbeit endlich erreichte allmähliche Wiedererstarkung des Wirtschaftslebens jäh unterbrach.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Buchdrucker.

Am Mittwochabend tagte im Gewerkschaftshaus eine sehr stark besuchte Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. — Massini erstattete den Situationsbericht. Er sagte unter anderem: Die Bezahlung der Generalstreiktage kann jetzt erwartet werden, denn die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung haben das Ergebnis gehabt, daß die Regierung die Unternehmer ersuchen wird, die Bezahlung vorschußweise zu leisten. Ueber die endgültige Regelung dieser Angelegenheit wird weiter verhandelt. — Die Bezahlung der Tage nach dem Streik, wo die Buchdrucker ohne ihr Verschulden in verschiedenen Betrieben noch nicht beschäftigt wurden, hat das Schiedsgericht abgelehnt. Die endgültige Entscheidung steht nun dem Tarifamt zu.

Nach den Bestimmungen des Tarifs haben die Buchdrucker ohne Zweifel Anspruch auf Bezahlung der Zeit, wo sie sich den Arbeitgebern zur Verfügung gestellt haben, oder nicht beschäftigt wurden. — In der letzten Zeit mehrt sich die Zahl der Betriebe, die von den Arbeitgebern stillgelegt werden. Es haben bis jetzt mehr als 20 Firmen die Betriebe geschlossen. Es ist schwer, in jedem Falle festzustellen, ob die Schließung aus Mangel an Papier oder Arbeit erfolgt ist oder ob sie nur dem Bestreben des Unternehmertums dient, die Maschinen und das sonstige Inventar zu ungeheuren Preisen zu verkaufen. Die Verschiebung von Maschinen nach dem Auslande ist verboten, der Verkauf unterliegt der Kontrolle durch den Demobilmachungskommissar. In allen Fällen, wo derartige Schiebungen anzunehmen sind, ist dem Demobilmachungskommissar Mitteilung zu machen.

Der Arbeitsmarkt ist durch die Schließung der Betriebe noch nicht erheblich belastet, immerhin war aber die Zahl der Arbeitslosen in der vorigen Woche auf 800 gestiegen.

Der erste Diskussionsredner, Lampe, begrüßte es, daß die Gewerkschaften auch in politischen Tagesfragen ihren Einfluß geltend machen. Sie müssen jetzt vor allem darauf halten, daß die mit der Regierung vereinbarten 8 Punkte auch durchgeführt werden.

Die Rätediktatur werde von keinem einsichtigen Menschen mehr verlangt.

Zur Diktatur des Proletariats können wir nur auf demokratischer Grundlage kommen. Pflicht der Buchdrucker ist es, bei einem Generalstreik das Erscheinen der Arbeiterpresse zu ermöglichen.

Als hierauf unser Parteigenosse Thomas das Wort erhielt, machten die Opponenten den Versuch, ihn am Sprechen zu hindern. Der lärmende Zwischenfall begann damit, daß ein Vertreter der Opposition fragte, ob Thomas ein Mandat zur Generalversammlung habe. Es wurde festgestellt, daß Thomas ordnungsmäßig als Delegierter gewählt ist. Trotzdem bestanden die Oppositionsanhänger auf dem Verlangen, Thomas nicht reden zu lassen. Die andere Seite verlangte ebenso entschieden, daß Thomas rede.

Es gab einen ungeheuren Lärm und regelloses Durcheinanderreden.

Infolgedessen vertagte der Vorsitzende Massini die Versammlung auf 10 Minuten und drohte mit der Schließung, wenn das parlamentarische Verhandeln unmöglich gemacht werde.

Als sich der Lärm einigermaßen gelegt hatte, konnte Thomas sich Gehör verschaffen. Er führte aus, er sei mit dem von Lampe entwickelten Programm einverstanden. Was die Kollegen trenne, müsse verschwinden. Der Redner wandte sich gegen einen während der Lärmszene gemachten Zuruf, er sei die rechte Hand Noskes gewesen. Diese Behauptung sei ebenso unwahr wie die Angabe eines Prozeßberichts, wonach er, Thomas, gesagt haben solle, er habe eine ganz geheime Mission im Reichswehrministerium. Er erkläre, er habe nie, weder offiziell noch inoffiziell, Verbindung mit dem Reichswehrministerium gehabt. Weiter trat der Redner sehr warm für die Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft ein. Die Versammlung hörte ihn schließlich mit vollkommener Ruhe an und spendete lebhaften Beifall.

Hierauf wurde die Kandidatenliste für die Wahl zum Verbandstage aufgestellt. Hierzu lag eine Resolution eines Bezirks vor, welche die Kandidaten verpflichten will, sich für das Rätesystem, gegen die Tarif- und Arbeitsgemeinschaft sowie für die aktive Teilnahme der Gewerkschaften am politischen Kampf zu erklären.

Nachdem Massini erklärt hatte, daß diese Fragen ja auf dem Verbandstage behandelt werden und die Erteilung imperativer Mandate unzulässig sei, wurde die Resolution mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. — Ein Antrag verlangte, daß die Delegiertenwahl an einem Sonntag in den Bezirken vorgenommen wird. Als Massini nach wiederholter Abstimmung den Antrag als abgelehnt erklärte, wurde diese Feststellung unter minutenlangem ungeheuren Lärm angezweifelt. Die dann durch „Hammelsprung" nochmals wiederholte Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrags mit 378 gegen 341 Stimmen. — Die Wahl wird nunmehr in den Betrieben vorgenommen.

Als Beisitzer in den Gauvorstand wurde Poschmann gewählt.

Gewerkschaften Charlottenburgs!

Alle diejenigen, die gewillt sind, in die Sicherheitswehr und in die neu zu gründende Ortswehr einzutreten, können sich wochentags von 6—8 Uhr nachm. beim Obmann der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, Genossen Otto Flemming, Pestalozzistr. 13, vorn 4 Tr., melden. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft, Militärpapiere und sonstige Ausweise sind mitzubringen.

Der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Zur Lohnbewegung der Seifenarbeiter.

Die Seifenarbeiter Berlins, welche bekanntlich im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, waren am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht der Lohnkommission über die stattgefundenen Verhandlungen entgegenzunehmen. Der Branchenleiter Poch streifte einleitend die Vorkommnisse während des verflossenen Generalstreiks. Zur Bezahlung der Streiktage sei zu bemerken, daß diejenigen Industriezweige, für die der Fabrikarbeiterverband zuständig sei, die Streiktage ganz oder zum Teil bezahlt haben. Die Seifenfabrikanten verhalten sich hierzu ablehnend, und es sei diese Angelegenheit dem Ueberwachungsausschuß der Seifenindustrie unterbreitet worden. Die Seifenarbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gefordert, um ihre Löhne mit der Erhöhung der Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Die Seifenfabrikanten haben auf diese Forderung eine 15prozentige Lohnerhöhung geboten. Außerdem soll eine neue Klasse gebildet werden, welche Zuschläge für Familienangehörige vorsieht.

In der lebhaften Diskussion erklärten die Redner, es sei eine Verhöhnung der Seifenarbeiter, wenn ihnen 15 Proz. Zuschlag angeboten werde.

Die Löhne der Berliner Seifenarbeiter seien bedeutend niedriger, als die Löhne in den anderen Bezirken Deutschlands, trotzdem das Leben in Berlin bedeutend teuerer sei wie anderwärts. Ein Antrag, nunmehr die Forderungen auf 75 Proz. zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem Poch klargelegt hatte, daß man dadurch eine völlig neue Situation schaffen und die Verhandlungen verschleppen würde.

Die Stimmung der Versammlung zeigte, daß die Seifenarbeiter alles daran setzen werden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm in ihrer letzten Sitzung außer einigen geschäftlichen Mitteilungen des Obmannes Flemming ein Referat von Paul Sommer über das zeitgemäße Thema: „Industrieverbände und Betriebsorganisationen" entgegen. Dem Vortrag lag folgende Entschließung zugrunde: Von dem Gedanken ausgehend, daß es notwendig ist, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Gewerkschaften zu erhalten und zu stärken, erklärt die Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, daß sie in den Bestrebungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Fach- und Angestellten-Verbänden eine schwere Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung erblickt. Unzweifelhaft vollzieht sich auch in den freien Gewerkschaften ein Umbildungsprozeß zu großen kampffähigen Industrieverbänden, wie er gegenwärtig in der Baubranche in die Erscheinung tritt. Es muß sich für alle Gewerkschaftsmitglieder darum handeln, diesen Prozeß durch Ausbau bezw. Umbau der bestehenden Zentralverbände zu fördern."

Ohne Debatte wurde diese Entschließung einstimmig angenommen.

Hierauf gab Bebrendt einen umfassenden Bericht über die letzten drei Sitzungen des Kuratoriums für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. An der Aussprache beteiligten sich Rüdiger, Eduard Hoffmann und Decker, die verschiedene Mißstände in der Milchversorgung kritisierten.

Zum Schluß ersuchte Flemming, zu der am Montag, den 19. April cr., abends 7 Uhr, im „Volkshause" stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung die Agitation recht rege zu betreiben.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Bautechniker-Versammlung am Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Konzertsaal des Kriegervereinshauses, Chausseestr. 94.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Lichterfelde. Die Listen zur Eintragung in die Ortswehr und Sicherheitspolizei liegen täglich abends von 7½ Uhr bis 8½ Uhr bei Lenski, Hindenburgdamm 55, zur Einzeichnung aus. Der Obmann des Gewerkschaftskartells.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Karl Hintze
Kontor-Artikel
Buchdruckerei
Geschäftsbücher
Kartenregister
Berlin SW, Lindenstraße 78.
Fernspr.: Moritzpl. 2341.

Die Rettung aller Hämorrhoidal-Leidenden ist
„Hädensa",
von Autoritäten glänzend begutachtet, absolut wirkungsvoll! — Tube M. 5.00 —, überall zu haben.
Hädensa-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Lichterfelde.

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Kaninfelle,
Hasen-, Ziegen- u. Rehfelle, Wildware kauft zu höchsten Tagespreisen jedes Quantum Robert Kundt, Kürschnermstr. Berlin, Motzstr. 66.

Stoffe
für elegante
Herren-Anzüge,
Damen-Kostüme
Tuchlager
Koch & Seeland G.m.b.H., Gertraudtenstraße 20-21.

Furunkel
brauchen nicht mehr geschnitten werden. Sie heilen überraschend schnell durch Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne.
Spezialbehandlung in unserer Anstalt 10—1 und 4—7½ Uhr.
Künstl. Höhensonnenbad Aktis Belle-Alliance-Platz 6 A.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstraße 2.
Im Tollhause
Von Artur Zickler.
Schilderungen eigenen Erlebens auf dem Kasernenhof und im Irrenhause. Ein Buch dichterisch erfaßter Wahrheit, brandmarkt es mit dem Mut sozialistisch-menschlicher Erkenntnis der Tragödie die unerbittliche Brutalität des Krieges. Der Leser fühlt sich den unglücklichsten der Opfer des Krieges, den Geistesgestörten, in körperlicher Nähe.
Preis 2,40 M.

Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen, Dekorations- u. Wirtschaftsgegenstände, auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche
Ankauf Verkauf
Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schriftl. Angebote werden prompt erledigt.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Hermannplatz). Mpl. 13250

Verkäufe

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Zentral-Leihhaus, Jägerstraße 71. 1507D*

Wandlitz, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Bismarckstraße 11, Fernsprecher Steglitz 2804.

Elegante Jackettanzüge sowie Covercoats, erstklassige Friedensware, verkauft zu sehr billigen Preisen Chwatsch, Luitpoldstraße 8, eine Treppe, Nähe Nollendorfplatz. 81R*

Bessere Anzüge fertig und nach Maß spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Kuh, Wilhelmstraße 40a, Kochstraßenecke. 160R

Leihhaus Moritzplatz 58a. Beleihung und Ankauf jeder Wertsache. Ferner Verkauf selbstgefertigter Anzüge, Rockanzüge, Paletots, Hosen, Damenkostüme, Mäntel, aus feinsten Friedensstoffen, als bekannt billigen Preisen. *

Kronstücke! sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Ripsaktaschen! Schmucksachen! Pelzwaren-Gelegenheitskäufe Warschauerstraße 7. *

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105.

Gardinen aller Art, Künstlergardinen in reichhaltiger Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Gardinenstoffe sehr preiswert. Magazinstraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexanderplatz. 154R*

Frühjahrsmäntel 62.50, 92.50, Covercoatjacken 78,—, Seidenmäntel, Tuchmäntel, Jackenkostüme 125,—. Rathweit, Charlottenburg, Bismarckstraße 59 II. 160D

Sie sparen 200 M. und noch mehr bei Ankauf eines Anzuges bei Buruber, Brückenstraße 20, vorn II, Hochbahn Kottbuser Tor. Feinste Maßanzüge, gestreifte Hosen, Cutaways, stets große Auswahl. 1194b*

Abessinierpumpe, auch gebrauchte, Erdbohrer, Ersatzteile billig. Wolff, Pumpenfabrik, Gartenstr. 78. 430*

Händler! Carbidtaschenlampe, Neuheit, Feuerzeuge. Hochstädt, Linienstraße 58. 1008D*

Plüschsofa, Standuhr, Reisekoffer, goldene Herrenkette, Damenuhr, Brockhaus' Lexikon, Dolomitsäule verkauft, Händler verbeten, Schmidt, Schöneberg, Sedanstraße 76, Hof II. 131

Schrockanzug, Cutawayanzug, Jackettanzug, Friedenssachen, preiswert verkäuflich. Wachmannstraße 8 II, rechts. b*

Gardinen, 2 Fenster 45,—, Bettdecken, Stores, Kultina, Kopenhagenerstraße 1, vorn (Bahnhof Schönhauserallee).

Kindlederkoffer, groß, Plüschsofa, Bettstellen, schwarzer Herrenstoff, Trauringe, Lederjackett, billig. Weimarstraße 31 I, links, ab 4.

Möbel

Chaiselongues, 150—600, Metallbetten 250—2000, weiße Schlafzimmer, Kleiderschränke. Meicke, Augustir. 82a, Quergebäude.

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. Auf bar und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 125R*

Umbauplüschsofas, Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 15. 186R*

Möbel-Cohn, im Osten: Gr. Frankfurterstraße 58 (fünf Minuten v. Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47/48 (fünf Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), liefert gegen bar und Teilzahlung ganze Wohnungseinrichtungen. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. *

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22 (Schönhauser Tor).

Möbel-Goebel, Moritzplatz (Oranienstraße) 58. Fabrikgebäude. Denkbar niedrigste Preise in übersichtlich aufgestellten, einfachen und besseren, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbeln. Gediegene Ausführung. Riesenauswahl. Lagerung. Lieferung frei. Besichtigung erbeten. *

Polstermöbel, vorzügliche Verarbeitung, prima Ledermöbel preiswert abzugeben. Besichtigung 9—12, 3—5. Müller u. Müller, Wilhelmstraße 131, Aufgang A, 2 Tr.

Schlafzimmer, Küchen, alle Arten Möbel billig. Tischlermeister Harnack, Annenstraße 51. 79R

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 14. *

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 165. 156R

Rabenstein, Pianos, Flügel, Friedensware, größte Auswahl, Münzstraße 10. *

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

Bosch-Magnete, Zündkerzen, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Holz- Schloß-Maschinenschrauben usw. kauft zu konkurrenzlosen Preisen Anders, Große Frankfurterstraße 101. 166R

Schellack, Leim, Terpentin, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2370. *

Leitungs-, [illegible], Dynamodrähte, Kabel und Litzen kauft Bramhorst, Franzstraße 13 (Schmid-, Annenstraße). Moritzplatz 1480. 165R*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichplatz). 167R

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Bork, Luisenufer 18. *

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Bork, Lübbenerstraße 33. *

Höchstzahlend Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkontor, Brüderstraße 10a. 153R*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Rennstraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 29. 162R

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 88. *

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten, Schröder, Prinzenstraße 64. *

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 131R*

Magnete, Vergaser, Kerzen, Treibriemen, sämtl. Autozubehör kauft Gerber, Cuvrystraße 46. 161R*

Elektr. Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Dynamodrähte, Kleinmaterial, Fassungen, Schalter usw. kauft zu den höchsten Tagespreisen Bartelt, Blumenstraße 90, Bahnhof Jannowitzbrücke. Fernspr.: Königstadt 2018. 163R*

Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Langestraße 27 I (nicht Keller), Alexander 2939. *

Platinabfälle! Zahngebisse! Zahn bis M. 75,—! Goldsachen! Silbersachen! feinstes gekauftes Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Weißmetall! Stanniolpapier! Zink! Blei! Glühstrumpfasche M. 160,—, höchstzahlend! Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alexander 4243). 146R

Schnellplatten, Stück bis 10,—. Kilo 21,—, kauft Köpenickerstraße 183a. 751*

Schnellaufbohrer, neue, bis 200 Prozent und mehr kauft laufend Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstraße 13. Alexander 1260. R

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 25 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 35 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 123a, Tauentzienstraße 19a. *

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 68R*

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

Landparzellen verpachtet in Rudow F. Dähne, Berlin, Kniprodestraße 9. 63/4

Arbeitsmarkt

Lehrling verlangt auf besseres Lederwaren, Schelken, Ritterstraße 27. 1215b

Gesellen feine Damenmaßarbeit sucht sofort Modesalon Romaski, Ansbacherstraße 15.